

Atlantic Rendez-Vous
"Finding Common Ground on the Greater Middle East"

Satelliten-Debatte
Brüssel und Washington, D.C.
24. Januar 2005

"Neue Hoffnung für den Nahen Osten"
Kurzbericht

Sowohl der Washingtoner Moderator und Leiter des Center for Transatlantic Relations, **Dan Hamilton**, als auch der EU-Botschafter in Washington, **John Bruton**, verwiesen in ihren Eröffnungskommentaren auf die großen Hoffnungen, die mit Blick auf den Nahen Osten an den bevorstehenden Europa-Besuch von Präsident Bush geknüpft sind. Insbesondere nach Präsident Bush's Rede anlässlich seiner zweiten Amtseinführung ist der Aufbau eines demokratisierten Nahen Ostens eine der obersten Prioritäten der US-Administration. Auf Brüsseler Seite äußerte der dortige Moderator, Financial Times-Redakteur **Robert Graham**, die Hoffnung, dass Brüssel mit dem neuen Europäischen Parlament und der neuen Kommission einerseits und der neuen US-Regierung andererseits eine positive Stimme findet und die Europäer gegenüber den Amerikanern demonstrieren, dass Brüssel eine konstruktive Rolle spielen kann.

Der stellvertretende Generaldirektor für externe Beziehungen der Europäischen Kommission, **Michael Leigh**, zeigte sich ebenfalls hoffnungsvoll bezüglich eines Neustarts des Friedensprozesses im Nahen Osten, dies insbesondere mit Blick auf die Wahl des neuen Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas. Allerdings bedürfte es sowohl auf palästinensischer als auch auf israelischer Seite neuer Fortschritte: die Palästinenser müssten sich als friedensfähiger Partner beweisen und die Israelis müssten ihre Verhandlungsbereitschaft unter Beweis stellen. Seit Jahren habe die EU beträchtliche Ressourcen in diese Region gelenkt. Während die Europäer und die Amerikaner ähnliche Zielsetzungen verfolgten, seien es jedoch die Europäer gewesen, die neue Anreize einbrachten, wie z.B. die wirtschaftliche Integration in die Europäische Union. Im Irak, so Leigh, sei es wichtig, dass sich die Ansätze der EU und der Vereinigten Staaten ergänzten. Europa könne beim Wiederaufbau im Irak in Zusammenarbeit mit u.a. der Weltbank und den Vereinten Nationen große Unterstützung leisten. Europa werde sich im Irak dann weiter einbringen, wenn der richtige Zeitpunkt gekommen sei. An Washington schickte Leigh eine hoffnungsvolle "Message", dass die USA und Europa bei der bestehenden breiten gemeinsamen Agenda im erweiterten Nahen Osten neue Möglichkeiten der Konvergenz finden sollten.

Der stellvertretende Staatssekretär und Leiter der Nahost-Abteilung im US-Außenministerium, **Scott Carpenter**, unterstrich die Notwendigkeit für Europäer und Amerikaner, im Nahen Osten "Common Ground" zu finden. Beide Partner arbeiteten an den selben Zielen, nämlich Frieden zu schaffen, politische Reformen zu bewirken und die Prolifereation von Massenvernichtungswaffen zu stoppen. Allerdings hätten beide Seiten des Atlantiks unterschiedliche Ansatzpunkte. Wie in der "Inauguration"-Rede des US-Präsidenten deutlich wurde, sei die US-Regierung bereit, auf die europäischen Partner einzugehen. Die multilateralen Nahost-Initiativen der BMENA gelten als akzeptiert und mit der Kairo-Konferenz im März und der Ministerkonferenz in Jordanien im Mai seien weitere Fortschritte zu erwarten. Neben multilateralen Anstrengungen seien auch bilaterale Hilfspakete, wie z.B. Finanzhilfen an Ägypten, zu erwarten. Insgesamt stünden die Vorzeichen positiv für eine verstärkte europäisch-amerikanische Zusammenarbeit im erweiterten Nahen Osten.

Für den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Europa-Parlaments, **Elmar Brok**, liegen die Ziele im Nahen Osten klar auf der Hand: Terrorismusbekämpfung, die Sicherung des Staates Israel sowie die Überlebenschancen des Palästinenser-Staates. Mit Blick auf Irak sei es an der Zeit, die politischen Differenzen der Vergangenheit zur Seite zu schieben und gemeinsam am Wiederaufbau der Region zusammenzuarbeiten. Dies jedoch schließe die Friedensbemühungen in anderen Teilen der Region ein. Für den Stopp der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gäbe es jedoch keine Alternative zum Verhandlungstisch: alle anderen Lösungsansätze, so Brok, führten nur zu einem Anstieg von Terrorismus. Die jüngsten Waffenstillstandserfolge von Abu Mazen und die neue Koalitionsregierung in Israel deuteten auf eine Chance für neue Lösungen. Das Quartett könne zu diesem wichtigen Zeitpunkt ein Signal schicken, indem Vertreter aller Quartett-Partner gemeinsam in die Region reisten, um ihre Ernsthaftigkeit zu beweisen. Nur das Quartett zusammen könne der Region Zuversicht geben. Die USA alleine hätten nicht auf beiden Seiten das Vertrauen, jedoch könnten nur die Vereinigten Staaten die Sicherheit in der Region garantieren. Dabei sei die Wichtigkeit, den Palästinensern Chancen für Frieden und wirtschaftlichen Aufschwung zu geben, nicht zu überschätzen. Ein Neubeginn im Nahen Osten sei möglich, wenn beide Partner zusammenarbeiten.

Der stellvertretende Leiter des Washington Institute for Near East Policy, **Patrick Clawson**, stand den gemeinsamen Absichtserklärungen von EU und USA skeptisch gegenüber. Zwar stimmten die transatlantischen Partner in ihren Prinzipien überein, die Praxis sei jedoch oft von Mißtrauen und Feindseligkeit überschattet. Gefährliche Ideologien verblendeten zuweilen die Herangehensweise in der Region. Clawson hoffte, dass Europäer und Amerikaner künftig besser in der Praxis zusammenarbeiten könnten und schlug eine Arbeitsteilung vor. Nicht jeder Partner müsse überall gleich stark engagiert sein. In manchen Bereichen seien die Amerikaner erfolgreicher, in anderen die Europäer. So sollten beispielsweise die Europäer im Iran und die USA im

israelisch-palästinensischen Konflikt die Führung übernehmen. Allerdings sei der rhetorische Höhenflug der Bush-Rede anlässlich seiner zweiten Amtseinführung mit Blick auf einen Neubeginn transatlantischer Zusammenarbeit im erweiterten Nahen Osten wenig hilfreich. Für Europa sah Clawson eine günstige Gelegenheit, die Erweiterung des Barcelona-Prozess voranzutreiben. Dies würde auch in "ideologischen Kreisen" der USA Gefallen finden.

Der Vize-Präsident des Europäischen Parlamentes und ehemalige französische Minister für Europa-Angelegenheiten, **Pierre Moscovici**, bezweifelte, ob Europa und die USA tatsächlich dieselben Ziele in der Region verfolgten und lediglich verschiedene Herangehensweisen die Partner unterschieden. Bereits das Konzept "erweiterter Naher Osten und Nord-Afrika" (BMENA) sei zu hinterfragen, z.B. mit Blick auf Pakistan. Zwar wollten sowohl die Vereinigten Staaten als auch Europa Demokratie, jedoch nicht "Kreuzzüge für Demokratie". Jetzt beginne jedoch ein neuer Zeitabschnitt, in dem beide Partner am selben Strang ziehen müssten. In Brüssel ließen die neue Kommission und die neue Verfassung auf mehr Einheit in Europa hoffen. Im Nahen Osten gebe es mit dem neugewählten Palästinenser-Präsidenten und der neuen israelischen Regierung ebenfalls gute Vorzeichen. Die Tatsache, dass Präsident Bush in seiner jüngsten Rede nicht von der "Achse des Bösen", sondern von der Notwendigkeit von Verbündeten gesprochen habe, deutete ebenfalls auf die Gunst der Stunde. Mit Blick auf die zukünftige transatlantische Zusammenarbeit in der Region befürwortete Moscovici ebenfalls eine Arbeitsteilung, bei der Europa im Iran und die USA im Nahen Osten die Führung übernehmen.

Der Leiter des Nahost- und Nordafrika-Programmes der International Crisis Group, **Robert Malley**, war der Auffassung, dass die Differenzen zwischen den USA und Europa nicht so tief und unüberwindbar seien, wie oft geglaubt. Die militärische Vorgehensweise der USA im Irak sei eher die Ausnahme als die Regel. Der Vorwurf der amerikanischen "hyper power" habe bereits vor der Bush-Regierung kursiert. Jedoch habe die Bush-Administration die Differenzen vertieft und die Glaubwürdigkeit des Westens in der Region ausgehöhlt. Eine arbeitsteilige Vorgehensweise befürwortete Malley, allerdings jedoch nicht eine falsche Arbeitsteilung. Wenn also im israelisch-palästinensischen Konflikt die USA die politische Seite und Europa die finanzielle Seite übernehme, sei dies kein Erfolg. Die "Demokratie-Rhetorik" der Vereinigten Staaten habe lediglich dazu beigetragen, radikale Elemente in der Region zu stärken und dortige europäische und amerikanische Bemühungen zu schwächen.

Mit **Jana Hybaskova**, Mitglied des Europa-Parlamentes und Vorsitzende der Delegation für Beziehungen mit Israel im Europa-Parlament, meldete sich eine Stimme des "neuen Europas" zu Wort. Nicht nur das Europa-Parlament, die europäische Kommission, der palästinische Präsident, die US-Administration und die israelische Regierung seien neu, auch Europa selbst habe zehn neue Mitgliedstaaten. Die neuen osteuropäischen EU-Länder hätten eine neue gemeinsame Erfahrung, daß nämlich auch in Europa Demokratie zuerst komme

und Frieden erst danach. Eine Zusammenarbeit von Europa mit den Vereinigten Staaten im Irak sei notwendig, denn "das Kommando-Zentrum sei nicht gerade eine demokratische Institution." Europa sei jetzt dazu aufgerufen, sich in der Region für Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung von Frauen und eine allgemeine Unterstützung durch "soft know-how" einzusetzen.